

GUATEMALA

Der Präsident und die toten Mädchen

Es war, wie so oft in Guatemala, eine Katastrophe mit Ansage. Am Mittwoch vergangener Woche brach in einem staatlichen Jugendheim am Rand der Hauptstadt ein Feuer aus. Neunzehn Mädchen starben vor Ort. Die Zahl der Toten stieg inzwischen auf vierzig. Fünfzehn schweben noch mit schweren Brandverletzungen in Lebensgefahr. Die Mädchen waren zur Strafe in einem Saal eingeschlossen worden. Sie steckten aus Protest Matratzen in Brand. Angeblich hinderte die Polizei die Feuerwehr vierzig Minuten lang daran, die Mädchen zu befreien.

Der «Sichere Hort der Jungfrau der Auferstehung» war einst als Heim für behinderte Kinder und für Jugendliche gegründet worden, die wegen Misshandlungen aus ihren Familien genommen wurden. Irgendwann fingen die Jugendgerichte an, alle Problemfälle dort abzulegen: Strassenkinder, Kleinkriminelle, Drogenabhängige. Ursprünglich für 400 Jugendliche ausgelegt, waren zuletzt 748 Jungen und Mädchen dort untergebracht. Seit Jahren war nicht mehr in die Infrastruktur investiert worden. Es gab Berichte von Misshandlungen bis hin zu Vergewaltigungen und Zwangsprostitution.

2015 hatte ein Gericht die Schliessung des Heims angeordnet. Trotzdem wurden weitere Jugendliche eingewiesen. Zuletzt hat die Interamerikanische Menschenrechtskommission am 31. Januar von der Regierung Auskunft verlangt, was denn zum Schutz der dort untergebrachten Jugendlichen getan worden sei. Die Anfrage ist bis heute nicht beantwortet worden.

Nach dem Feuer tauchte der rechtspopulistische Präsident Jimmy Morales zunächst ab. Carlos Rodas, Leiter der für das Heim zuständigen Behörde für soziale Wohlfahrt, wollte in einer Medienkonferenz «keine Fahrlässigkeit» feststellen und meinte, der Präsident müsse sich «um wichtigere Angelegenheiten kümmern». Rodas, seine Stellvertreterin und der Leiter des Heims wurden inzwischen verhaftet. Am Samstag schwoll ein spontaner Protest von 200 DemonstrantInnen auf mehrere Tausend Menschen an. Sie forderten vor dem Regierungspalast den Rücktritt des unfähigen Präsidenten. **TONI KEPPLER**

KOREA

Kalter Krieg auf der Halbinsel

Die Stationierung eines US-Raketenabwehrsystems schürt die Staatskrise in Südkorea – und provoziert tiefes Unbehagen in Pjöngjang wie in Beijing.

VON RAINER WERNING

In den vergangenen Wochen ist die politische Führung Nordkoreas gleich mehrfach in den Fokus der internationalen Aufmerksamkeit gerückt. Am 12. Februar testete das Land erfolgreich eine Mittelstreckenrakete. Am 13. Februar kam Kim Jong Nam, der ältere Halbbruder von Diktator Kim Jong Un, unter bislang noch nicht genau geklärten Umständen in der malaysischen Hauptstadt Kuala Lumpur ums Leben.

Als Reaktion auf Pjöngjangs erfolgreichen Start der Mittelstreckenrakete entschloss sich Ende Februar Beijing, der engste Verbündete Nordkoreas, vorerst keine weiteren Kohlelieferungen aus dem Land zu beziehen. Und am Montag vergangener Woche feuerte Pjöngjang zum zweiten Mal innerhalb kurzer Zeit vier Raketen ab, die allesamt nach einem rund tausend Kilometer langen Flug ins Ostmeer (von Japan als Japanisches Meer bezeichnet) stürzten.

So reagierte Pjöngjang auf seine Weise auf das Militärmanöver «Foal Eagle» (Fohlen-Adler) der US-amerikanischen und südkoreanischen Streitkräfte, das bis Ende April dauern soll. Diese alljährliche Militärübung erregt von jeher den Zorn Pjöngjangs. Die Manöver zielen darauf ab, Landungen im Norden der Halbinsel und einen gewaltsamen Regimewechsel zu simulieren. In Südkorea selbst sind noch immer gut 28 000 GIs stationiert.

Unmut in der Bevölkerung

Als Reaktion auf Nordkoreas Raketenabschuss begannen die USA damit, erste Bauteile ihres Raketenabwehrsystems Thaad (Terminal High

Altitude Area Defense) in Seongju in der Provinz Nord-Gyeongsang südöstlich der Hauptstadt Seoul zu installieren. Dies stösst dort auf grossen Unmut in der Bevölkerung: Die Menschen befürchten, dass radioaktive Strahlung ihre Gesundheit und die landwirtschaftliche Produktion – in diesem Gebiet werden vor allem Melonen angebaut – beeinträchtigen könnte.

Letztlich war diese Entwicklung auch eine herbe Schlappe für die am vergangenen Freitag wegen eines Korruptionskandals ihres Amts enthobene Präsidentin Park Geun Hye. Park habe «in ihrer Zeit als Präsidentin gegen die Verfassung und gegen geltendes Recht verstossen», erklärte die Vorsitzende Richterin des Verfassungsgerichts, Lee Jung Mi, in der Urteilsverkündung. Zunächst stand Park der Installation eines Thaad-Systems mit Rücksicht auf den wichtigen Handelspartner im Norden, der Volksrepublik China, skeptisch gegenüber. Da Nordkorea jedoch an seinem Nuklear- und Raketenprogramm festhielt, wechselte die Präsidentin abrupt den Kurs. Thaad, so hatte sie vor Beginn des Amtsenthebungsverfahrens gegen sie im Dezember betont, sei unabdingbar für die Sicherheit des Landes.

Genau das sieht die Opposition anders. Am Dienstag vergangener Woche hatte der ehemalige Vorsitzende der Demokratischen Partei von Korea (DPK), Moon Jae In, die Regierung wegen der begonnenen Stationierung von Thaad scharf kritisiert: «Ich verstehe nicht, warum die Regierung so überstürzt handelte.» Der Oppositionsführer hat die besten Chancen, die Expräsidentin bei der vorgezogenen Prä-

sidentschaftswahl im Mai zu beerben. Moon ist auch ein erklärter Gegner der Raketenstationierung, weil diese das enge politische und wirtschaftliche Verhältnis zu China trübe und eine Annäherung an Nordkorea erschwere.

Kritik am Lotte-Konzern

Offiziell soll Thaad einen «Schild» gegen potenzielle Angriffe aus dem Norden bilden. Aus Beijings wie auch aus Moskaus Perspektive gilt das System hingegen als «Vorwärtsverteidigung» der USA, weil es Washington gestatte, mittels eines hoch entwickelten Radars weit in chinesisches Gebiet sowie in die Fernostregion Russlands hineinzublicken. Beijings Kritik richtet sich vor allem gegen den Lotte-Konzern, der einen seiner Golfplätze in Seongju für die Installation von Thaad zur Verfügung stellte. Lotte ist ein multinationaler Mischkonzern, der 1948 in Tokio vom Koreaner Shin Kyuk Ho gegründet worden war und inzwischen in den diversesten Sparten – von der Chemie- bis zur Tourismusindustrie – tätig ist. Zurzeit beschäftigt die Lotte-Gruppe rund 60 000 MitarbeiterInnen, davon über 56 000 allein in Südkorea.

Ein Milliardenbauprojekt von Lotte hat China in seiner nordöstlichen Provinz Shenyang bereits gestoppt. Selbst zivile Gruppen rufen in China zum Boykott von Lotte-Produkten auf und raten chinesischen TouristInnen, nicht in den zollfreien Einkaufszentren des Konzerns zu shoppen. Insgesamt, schätzt Jang Woo Ae vom Wirtschaftsforschungsinstitut der Industrial Bank of Korea, könnte Thaad die südkoreanische Wirtschaft umgerechnet bis zu knapp fünfzehn Milliarden US-Dollar kosten – von den diplomatischen Verstimmungen ganz zu schweigen.

REKLAME

wo
unrecht
zu
recht
wird...

Ein Samstag gegen
die Bunker- und
Eingrenzungspolitik
Samstag, 18. März 2017,
Zürich
Autonome Schule Zürich
Maxim Theater
Provitreff

JETZT ANMELDEN*
WWW.WO-UNRECHT-ZU-RECHT-WIRD.CH/PROGRAMM
*EINE TEILNAHME AN DEN VERANSTALTUNGEN IST AUCH OHNE ANMELDUNG
MÖGLICH, ERLEICHTERT ABER DIE RAUMKOORDINATION. DANKE!

www.wo-unrecht-zu-recht-wird.ch

Organisiert von:

Autonome Schule Zürich, Freiplatzaktion Zürich, Sans-Papiers Anlaufstelle Zürich, augenauf Zürich, Solinetz Zürich, MAXIM Theater, Infoladen Kasama, Demokratische JuristInnen Zürich